

Bezugsgeld
 Vierteljahr für Dres-
 den bei halbjährlicher
 Postumsendung des
 Geschäfts- und Adres-
 senverzeichnis 2,00 Mk.,
 bei sonstiger Zustel-
 lung durch die Post
 1,50 Mk. (ohne Postgeld).
 Die den Vertrieb von
 Dresdens Jahrbuch am
 Ende jeder Jahrgang-
 nummer enthaltenen
 Anzeigen sind mit
 besonderen Beleg-
 zettel versehen.
 Einzelverkauf 10 Pf.
 — Inverehrung:
 Geschäftsverträge
 sind anzugeben.

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.
 Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

**Milch-Chocolade
 No. 600.**
 Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Geschäftsstelle:
 Marienstraße 38/40.

Telegraphische Adresse: Nachrichten Dresden.
 Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Raucht PATENT STROMMUNDSTÜCK CIGARETTE. 1000
 3 Pfg.
Egyptian Cigarette Company
 Cairo. — Berlin W. 61. — Frankfurt a. M.
 Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Monopole in Silber,
 Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Buchholz-Hüte
 sind von bekannter Güte
 nur **Annenstr. 28**

Damen-Lodenkostüme
 grosse Auswahl, billigste Preise.
Jos. Fiechl aus Tirol, 23 Schloßstrasse 23.

Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer **Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe** in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschrittsmäßigen Uniformstoffe für Kgl. Sachs. Staatsforstbeamte.

Hermann Pörschel
 Scheffelstrasse 19/21 (Kleines
 Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Natürliche Bitterung: Zauberer.
 König Friedrich August trifft heute in Genua ein.
 Der Chemiker Nationalliberale Verein erklärt es in einer Resolution für unmögl., daß der Abg. Langhammer zur Niederlegung seines Amtes im Landesvorstand aufgefordert worden sei und jpricht ihm ihr volles Vertrauen aus.
 Der Reichstag erledigte gestern den Poletat und den Etat der Reichsdrukkeri.
 Im Preussischen Abgeordnetenhaus hielt Handelsminister Delbrück eine programmatische Rede über wirtschaftliche Politik.
 Das Reichsjustizamt hat, wie verlautet, Vorschläge zu einer Reform der Fahrkartensteuer ausgearbeitet; die Vorschläge enthalten eine wesentliche Steuererleichterung der höheren Wagenklassen.
 Der Zentralauschuh der Nationalliberalen soll sich der Meinung der nationalliberalen Reichstagsfraktion bez. des Steuerkompromisses angeschlossen haben.
 Aus Ahlert ist ein Poststempel nach Unterschlagung von 115 000 Mark flüchtig geworden.
 In die Kardinalen wurde eine Bulle des Papstes verleiht, die das Vetorecht der weltlichen Mächte bei künftigen Papstwahlen aufhebt.
 In Cadore (Meriditalien) haben große Schneefälle schweren Schaden angerichtet.

Serbien und sein Ende.

Das berühmte Wort Ciceros „Quoniam“ laudem“ kommt den Serben gegenüber zu neuen Ehren; denn allzu lange schon hat das zweideutige und rätselvolle Spiel der serbischen Regierung gewährt, so daß ganz Europa, soweit es ehrlieh den Frieden will und nicht mit den serbischen Mordheerführern unter einer Feder steht, ohne Unterschied der nationalen Grenzen ein volles Recht hat, den politischen Querulanten unterhalb der Saai mit Nachdruck zuzurufen: „Die lange wollt ihr unsere Geduld noch mißbrauchen?“ Der bisherige Charakter der internationalen Haltung Serbiens im ganzen Verlaufe der mit der Unabhängigkeitserklärung Ungarns und der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich eingeleiteten Orientfrage ist so ausgeprochen unklar, schwankend und wechselvoll, daß man zurecht sagen kann, die Herren, deren Namen sämtlich auf sich erblagen, hätten den europäischen Großmächten förmlich auf der Nase herumgelaufen. „Wie ist das möglich?“ fragt man unwillkürlich und kann sich dabei des dringenden Verdachts nicht erwehren, daß das kleine Serbien bei seinem jeden Unterfangen, den Frieden Europas aufs äußerste zu gefährden, von vornherein nur zum kleinsten Teile aus eigenem Antriebe gehandelt hat und der Hauptsache nach das untergeordnete Werkzeug fremder Mächte und Kräfte, die im trüben zu sichen gedachten, gewesen ist. Zuerst war es England, das sich in der Rolle des geheimen Drahtziehers der serbischen Manöver geigte. Das Verhalten der englischen Diplomatie und Presse erzeugte in Oesterreich eine heftige Erbitterung, die eine Zeitlang die Stimmung zwischen den beiden Staaten in nicht unbedeutlicher Weise beeinflusste. Schließlich gelang es aber doch der moralischen Energie der auf die Erhaltung des Friedens bedachten Elemente, die britische Außenpolitik gegenüber Serbien auf den rechten Strang zu stellen. Zu diesem Erlolge trug nicht zum mindesten die öffentliche Meinung der schreienden Gegenpartei bei, der zwischen der im Anfange der jetzigen Orientfrage von der englischen Regierung befolgten Politik und dem von England auf dem Berliner Kongresse im Jahre 1878 vertretenen Standpunkte klaffe. Damals war es kein Geringerer als Lord Salisbury, der den Antrag stellte, der Kongress möge Oesterreich-Ungarn die Besitzung und Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina übertragen. Beide Provinzen bedürften dringend einer guten und starken, im zivilisatorischen Interesse tätigen Regierung, und diese Vorbedingung erfülle durchaus die habsburgische Monarchie, der daher die beiden Provinzen im Interesse des europäischen Friedens überlassen werden müßten. Zu der gleichen Auffassung bekannte sich auch Lord Beaconsfield, der ebenfalls Oesterreich-Ungarn für die geeignete Macht erklärte, um einen dauernden Zustand von Ruhe und Ordnung in Bosnien und der Herzegowina zu begründen.

Mit der Ausschaltung der englischen Hinterhand oder wenigstens der Abdämpfung ihrer allzu aktiven Betätigung im Belgrader Raum war aber die Lage noch nicht in der wünschenswerten Weise geklärt, weil namentlich Rußland in die friedlichen Aspirationen trat. So kam denn das verübliche Doppelspiel zustande, das die europäische Weltwachenlang auf eine so harte Probe gestellt hat. Die Meldung aus Belgrad überbrachten und widerwärtigen sich: Zuerst hieß es, die serbische Regierung habe schroff jedes Entgegenkommen gegen Oesterreich abgelehnt und werde lieber das Schwert ziehen, als irgendwie Nachgiebigkeiten zeigen. Dann wurde der hohe Ton der Belgrader Mündebungen, je nach dem Parameterstande der europäischen öffentlichen Meinung, augenblicklich auf entsprechende Worte von Petersburg aus, immer mehr herabgemindert, bis zuletzt die Erklärung folgte, Serbien verzichte auf territoriale Forderungen, die den Hauptzweck des Aufstiehes für das Wiener Kabinett bildeten, überhaupt, lässe auch den Anspruch auf Autonomie Bosniens fallen, wolle abrücken, wenn Oesterreich dasselbe tue, und vertraue im übrigen auf die Güte der Mächte. Soweit schon der friedliche Ausgleich auf dem besten Wege zu sein, als sich plötzlich das Wort wieder wendete und durch einen abnormalen Umschwung in der Haltung Serbiens die Dinge aufs neue auf des Meeres Schmelde gestellt wurden. Auch diese Hochflut aber hat sich inzwischen verlaufen und wieder um einer ruhigeren Gehaltung der Lage Platz gemacht. Danach scheint es jetzt, als ob Serbien gewillt wäre, seine Reichswilligkeit zu den vorgedachten „Zugehörigkeiten“ in einer Note den Mächten mitzuteilen, die dann den Empfang in Wien zu ratifizieren hätten. Hierauf würde Oesterreich aus die Erdbebung der zwischen ihm und Serbien schwebenden wirtschaftlichen Fragen, deren Regelung bisher durch die feindselige Haltung Serbiens verhindert wurde und in die das Wiener Kabinett sich begreiflicherweise keinerlei Einmischung durch fremde Mächte gefallen lassen will, herantreten.

Den Ausblick dafür, ob die Dinge sich auf dieser Grundlage im friedlichen Sinne weiter entwickeln werden, hat Rußland zu geben. Oesterreich kann, nachdem es zu aller bisher bereits bewiesenen Nachsicht und Langmut auch noch einen weiteren entgegenkommenden Schritt in Belgrad setzen hat, indem es seinen Gesandten in Belgrad, den Grafen Korog, zu einer wohlwollenden persönlichen Ansprache mit dem serbischen Ministerpräsidenten über die Zukunft, das Wohl und den Frieden der beiden Nachbarländer veranlaßte, unmöglich in noch höherem Grade seinen guten Willen und seine Friedfertigkeit beweisen. An der Petersburger Diplomatie ist es nun, ihrerseits durch Taten zu zeigen, daß sie ebenfalls den Frieden will. Dazu aber ist ein Verzicht auf alle ferneren Veruche erforderlich, den österreichisch-serbischen Streitfall aus dem Rahmen einer rein direkten Angelegenheit zwischen den beiden unmittelbar beteiligten Staaten heraus in den Bereich einer internationalen Entscheidung zu ziehen. Die russische Orientpolitik hat sich gerade dadurch in der jetzigen Weise als den Friedensinteressen nachteilig erwiesen, daß ihr verantwortlicher Leiter, Herr Komoloff, allzu hartnäckig beharrte gewesen ist, das ausschließliche Recht Oesterreichs zur direkten und alleinigen Entscheidung und Stellungnahme gegenüber Serbien illusorisch zu machen und die Zuständigkeit der Mächte an dessen Stelle zu legen.

Die deutsche auswärtige Politik ist demgegenüber von Anfang an mit aller wünschenswerten Klarheit und Entschiedenheit bemüht gewesen, in der österreichisch-serbischen Frage den Konferenzen Gedanken auszuschalten, und hat sich jetzt nochmals mit voller Energie auf die Seite des habsburgischen Bundesgenossen gestellt. Ohne mit Oesterreich schlechterdings durch die dunn zu gehen und ohne das Mißverhältnis über gewisse Schwächen in der jüngsten Orientpolitik der Wiener Regierung zu verhehlen, hat doch Deutschland keinen Zweifel darüber gelassen, daß es nicht daran denkt, den „brillanten Verbündeten von Algieras“ in seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten sich selbst zu überlassen, sondern daß es fest und tren auf dem Boden seiner verfassungsmäßigen Verpflichtungen steht und insbesondere jeden Versuch anderer Mächte, Oesterreichs Autorität als Großmacht zu serbischen Gunsten zu beeinträchtigen, rundweg ablehnt. An dem Widerstande Deutschlands ist denn auch der von Rußland angeregte Plan gescheitert, in Wien und Belgrad gleichzeitig gemeinsame Vorstellungen zu erheben. Deutscherseits wurde offiziell mit größter Bestimmtheit festgestellt, daß unter keinen Umständen irgendeine Demütigung Oesterreichs, wie sie schon

in der Erteilung guter Ratichläge in Wien aus solchem Anlaß in die Erwägung treten würde, in Frage kommen könne, und daß Serbien keinerlei begründeten Anspruch auf eine territoriale Entschädigung auf Grund der Annexion Bosniens und der Herzegowina geltend machen könne. In den letzten Tagen ist dieser deutsche Standpunkt durch gleichzeitige offizielle Kundgebungen in der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der „Bilten-österreichischen“ „Zedd. Reichsstoff.“ abermals nachdrücklich betont werden. Das Echo der genannten beiden Erklärungen kommt in der Wiener Presse mit Worten der lebhaftesten Begründung über die deutscheoyalität zum Ausdruck. Die „N. Fr. Pr.“ nennt die offiziellen deutschen Verlautbarungen „höchst bemerkenswert“, weil darin „mit dem größten Nachdruck und den ernstlichen Worten neuerdings daran erinnert werde, daß hinter Oesterreich-Ungarn das Deutsche Reich stehe“. Es ist nur nicht zu verkennen, daß die von der deutschen Regierung in so zielbewusster Weise befolgte Unverbrüchlichkeit der deutsch-österreichischen Freundschaft und Bundesgenossenschaft auf die dem Frieden feindlichen und einer Demütigung Oesterreichs Vorhand leistenden Tendenzen merklich abdämpfend gewirkt und dadurch einem friedlichen Ausgleich die Wege geebnet hat. Da auch Frankreich sich errentlicherweise der deutschen Auffassung einstellt, so erscheint die Hoffnung begründet, daß es dem Einflusse der deutschen Diplomatie gelingen werde, trotz aller noch bestehenden Schwierigkeiten die österreichisch-serbische Frage einer für unierten habsburgischen Bundesgenossen in jeder Hinsicht ehrenvollen friedlichen Entscheidung entgegenzuführen.

Neueste Drahtmeldungen vom 8. März.

Deutscher Reichstag.
 Berlin. (Priv. Tel.) Die Beratung des Poletats wird fortgesetzt bei dem Titel „Zusatzartikel“. Abg. v. Erzinski (Polen): Meine Freunde werden, wie hier, diese Zusatzartikel ablehnen, da sie lediglich eine Verleihung für politische Tätigkeiten darstellen. Die polnische Bevölkerung verhält sich gegenüber den Beamten viel ruhiger, viel gefügiger, als die deutsche. Man will die polnische Bevölkerung germanisieren und konfessieren die polnischen Kaufleute. Die Poletanten verlangen, wenn sie an Polen Anwaltdenreizen auszuweisen, daß die Empfänger ihre Namen mit deutschen Endungen schreiben. Das sind die „geheimnisstättigen“ Beamten, die sich der Zulagen würdig erweisen wollen. Stimmen könnten wir für die Zusatzartikel, solange nur, wenn sie dauernd bezahlt und die Beamten verpflichtet würden, dann auch die polnische Sprache zu lernen. — Der Titel wird hierauf genehmigt. Bei einem weiteren Titel bemängelt Abg. Pechmann (Satz.), daß die Krankenunterstützung in zu geringem Umfange auch an Familienangehörige gestellt werde. — Abg. Günther (Flaun) (Kreil. Volksp.) bittet um Errichtung eines Postamtes im Fleischen Christliche Haidelbrunn. Er weist auf die Bevölkerungszunahme und die industrielle Bedeutung dieses Ortes hin, der eine Verbesserung der sanitischen Verhältnisse notwendig mache. — Staatssekretär v. Raetle erwidert: Wir sehen diesem Verlangen sympathisch gegenüber, halten aber die Sache, die jährlich etwa 20 000 Mark kosten würde, nicht für so dringlich. Bei ähnlicherer Anzahlgewerben wir aber darauf zurückkommen. — Abg. Günther erwidert: Der finanzielle Gesichtspunkt könne bei der industriellen Bedeutung nicht ins Gewicht fallen. — Auf eine besitzliche Beschwerde des Abg. Art (Kentr.) erklärt Staatssekretär v. Raetle: Die Postverwaltung berücksichtige die Annuagen und Produktionshöhen sowohl als möglich. — Beim Titel „Verzinsungen an Telegraphen, Eisenbahn und Schiffsbahnunternehmungen“ bringt Abg. Erbacher (Str.) zur Sprache, daß die Deutsch-Südamerikanische Telephongesellschaft mit der Reichspostverwaltung einen Vertrag abgeschlossen habe, wonach die Postverwaltung eine Garantie für die Verzinsung und Tilgung von Obligationen der Gesellschaft übernommen habe. Das sei nach der Reichsgesetzgebung ohne Zustimmung des Reichstages unzulässig. Weiter werde auf deutsche Schiffe vielfach die englische Marinegesellschaft unterstellt, während englische und überhaupt auswärtige Heere und Marinen den vorjählichen deutschen Telefonten-Apparat verwenden. (Hört! Hört!) Endlich rügt Hedner, daß unsere Reichspost für die Briefbeförderung nach überseeischen Ländern an die Schiffsgesellschaften mehr zahlt, als Amerika für die Briefbeförderung nach Teutland. — Staatssekretär v. Raetle: Die Südamerikanische Gesellschaft hat bei der Zeichnung einen Betrag hinterlegen müssen, und die Verzinsung, die wir zahlen, liefert nur die Verzinsung der Obligationen der Gesellschaft. Solche Verträge müssen wir abschließen, um für die Dauer der Beförderung unserer Briefe sicher zu sein. Bei den Dampferunternehmungen handelt es sich nicht nur um reine Beförderungsgeschäften, sondern um Unternehmung der allgemeinen Interessen unseres Handels und unserer Industrie. Diese Sachen lassen sich also nicht miteinander vergleichen. Ehe wir Dampferunternehmensverträge haben, haben wir schon bei der Post Beförderungsverträge abgeschlossen. Diese Verträge haben in auch schon öfters den Reichs-

Anzeigen-Tarif
 Bekannte von Ruf
 1 Zeile für 100
 1 Monat 30 Mk.
 3 Monate 90 Mk.
 6 Monate 180 Mk.
 1 Jahr 300 Mk.
 2 Jahre 550 Mk.
 3 Jahre 750 Mk.
 4 Jahre 900 Mk.
 5 Jahre 1050 Mk.
 6 Jahre 1200 Mk.
 7 Jahre 1350 Mk.
 8 Jahre 1500 Mk.
 9 Jahre 1650 Mk.
 10 Jahre 1800 Mk.
 11 Jahre 1950 Mk.
 12 Jahre 2100 Mk.
 13 Jahre 2250 Mk.
 14 Jahre 2400 Mk.
 15 Jahre 2550 Mk.
 16 Jahre 2700 Mk.
 17 Jahre 2850 Mk.
 18 Jahre 3000 Mk.
 19 Jahre 3150 Mk.
 20 Jahre 3300 Mk.
 21 Jahre 3450 Mk.
 22 Jahre 3600 Mk.
 23 Jahre 3750 Mk.
 24 Jahre 3900 Mk.
 25 Jahre 4050 Mk.
 26 Jahre 4200 Mk.
 27 Jahre 4350 Mk.
 28 Jahre 4500 Mk.
 29 Jahre 4650 Mk.
 30 Jahre 4800 Mk.